

1 Chronologischer Überblick

1.1 Vorbemerkungen

Die Geschichtswissenschaft beschäftigt sich mit Strukturen und Prozessen in der Zeit. Sie untersucht, wann bestimmte Strukturen entstanden, wie sie sich entwickelten und wann sie endeten. Periodisierungen allerdings ergeben sich nicht von selbst. Sie entstehen durch die Deutungen und Analysen der Geschichtswissenschaft, die rückblickend lange Entwicklungen untersucht und daher Kontinuitäten und Brüche identifizieren kann. Zu berücksichtigen ist allerdings hierbei, dass sich Epochengrenzen immer nur auf bestimmte Teilgebiete und Sektoren der Geschichte beziehen. Hinzu kommt eine regionale Begrenzung. Der Erste Weltkrieg war für Europa einschneidend, für Südamerika hingegen weniger, hier gelten andere Epochengrenzen. Die Einteilung von Geschichte in Epochen beruht also immer auf bestimmten Voraussetzungen. Die hier im Mittelpunkt stehende Epoche zwischen 1920 und 1970 war in Europa eingebettet in größere Zusammenhänge.

Nimmt man Wirtschaft und Gesellschaft in den Blick, so kann man von einer Epoche der Industriegesellschaft sprechen, die mit der zweiten Phase der Industriellen Revolution in den 1870er Jahren begann und ihr Ende ein Jahrhundert später in den 1970er Jahren fand. Der Höhepunkt der Industriegesellschaft findet sich in den 1960er Jahren, dann begann ihr langsamer Abstieg. Die Industriegesellschaft war geprägt von der Dominanz der Großindustrie, von Kohle und Stahl, von der Elektro- und der Chemieindustrie, vom Glauben an den technischen und gesellschaftlichen Fortschritt, von industrieller Massenarbeit und von einem steigenden Wohlstand. Vor dem Industriezeitalter wur-

de die Wirtschaft von der Agrarwirtschaft geprägt, in den 1960er Jahren begann in Europa der Aufstieg der internationalisierten Dienstleistungswirtschaft.

Interessiert man sich für das europäische Staatensystem, ergeben sich andere Phasen der Geschichte: Hier war das Ende des Ersten Weltkriegs mit den Pariser Vorortverträgen und der Gründung des Völkerbundes ein epochemachender Wendepunkt. Bis 1918 waren die europäischen Großmächte die entscheidenden Akteure des Systems. Mit dem Völkerbund und seinen Folgeverträgen wurde versucht, die Autonomie der Großmächte zu beschränken und sie völkerrechtlichen Regeln zu unterwerfen. Dieser Kerngedanke wurde nach 1945 im Rahmen der UNO und den Organisationen der Europäischen Integration weitergeführt – bis zum Transfer von Teilen nationaler Souveränität an internationale Organisationen. Der Einfluss der Großmächte wurde dadurch relativiert, der Einfluss kleinerer Staaten und internationaler Organisationen im System hingegen stieg. Damit intensivierte sich auch die transnationale Verflechtung zwischen den Staaten. Zwischen 1941 und 1990 wurde das europäische Staatensystem zudem durch den Ost-West-Konflikt dominiert. Die Vereinigten Staaten prägten in dieser Phase die Politik Westeuropas, die Sowjetunion den Osten des Kontinents, das europäische Sub-System blieb gleichwohl erhalten.

In innenpolitischer Hinsicht kann die Epoche als Durchsetzung des liberal-demokratischen Verfassungsstaates bezeichnet werden. Diese Entwicklung begann schon mit der französischen Revolution 1789 und wurde mit der bürgerlichen Revolution von 1848 weitergeführt. 1919 begann eine neue Welle der Demokratisierung in Europa, der 1945 und 1989/90 weitere folgten. Seither ist der liberal-demokratische Verfassungsstaat (bei wichtigen Unterschieden im Detail) europäischer Standard. Dieser Prozess war weder gradlinig noch notwendig: Nach 1918 wurde der liberale Verfassungsstaat vom Faschismus und dem autoritären Sozialismus herausgefordert, nach 1945 nur noch vom Sozialismus sowjetischer Prägung. Hätten die USA nicht auf Seiten der liberalen Demokratien in die Weltkriege eingegriffen, hätte sich dieses Staatsmodell wahrscheinlich nicht in Europa durchgesetzt.

Noch einmal anders erscheint das Bild der Epochen in der Geschichte, wenn man die Gesellschaft einbezieht: Hier wurde das aus dem

19. Jahrhundert übernommene hierarchische und autoritäre Modell für Familien, Bildungseinrichtungen, Unternehmen und für die Beziehungen zwischen den Geschlechtern in den 1920er Jahren in Frage gestellt. Um 1930 setzte sich wieder eine autoritäre Gesellschaftsvorstellung durch, die in den 1960er Jahren erneut von einer Liberalisierungswelle erfasst wurde.

Innerhalb der hier im Mittelpunkt stehenden Zeit zwischen 1920 und 1970 lassen sich drei Wendepunkte ausmachen, wobei wieder Unterschiede zwischen den verschiedenen Bereichen der Geschichte bestehen. Es gibt auch alternative Deutungen, die ebenfalls kurz vorgestellt werden sollen.

1.2 1920

1.2.1 Politik

Nimmt man zunächst eine außenpolitische Perspektive ein, dann ist weniger 1914 als epochemachendes Jahr relevant als vielmehr das Jahr 1919. Die Pariser Friedensverträge und der Völkerbund leiteten einen Paradigmenwechsel im Völkerrecht und in der internationalen Politik ein. Entscheidend wurde hier der Gedanke der kollektiven Sicherheit. Bis 1914 wurde die äußere Sicherheit eines Staates durch diesen selbst gewährleistet, auch wenn es durchaus bereits Ansätze zu kollektiven Sicherheitskonzepten gab. Im Mittelpunkt von Sicherheitspolitik stand der Begriff des Gleichgewichtes der Kräfte, das durch Allianzen der Großmächte untereinander erreicht werden sollte. Der Völkerbund, die Verträge von Locarno (1925) und der Briand-Kellogg-Pakt (1928) führten diesen Ansatz weiter. Auch wenn diese Konzepte der kollektiven Sicherheit mit dem Aufstieg des Totalitarismus in Europa zu Beginn der 1930er Jahre scheiterten, waren damit völkerrechtliche Standards gesetzt, die nach 1945 im Rahmen der Vereinten Nationen und der Europäischen Integration wieder aufgenommen wurden.

Diese Entwicklung ging einher mit einer veränderten Rolle des Nationalstaates im internationalen System. Seine politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Steuerungskompetenzen wurden angesichts dieser Veränderungen auf internationaler Ebene eingeschränkt. Das hatte es bereits im 19. Jahrhundert im ökonomisch-technischen Bereich, v. a. bei den Infrastrukturen gegeben. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war die Autonomie des europäischen Nationalstaates zudem in wirtschaftlicher Hinsicht durch seine zunehmend intensivere Verflechtung mit der Weltwirtschaft weiter eingeschränkt worden. Nun wurde dies auch auf andere Politikbereiche ausgedehnt, beispielsweise auf das im 19. Jahrhundert noch existierende Recht einer Großmacht, Krieg zu führen. Dieses »ius ad bellum« war bis zum Ersten Weltkrieg das wichtigste Kennzeichen von Souveränität für einen Staat; mit dem Völkerbund und den europäischen Folgeverträgen wurde es eingeschränkt und schließlich mit dem Briand-Kellogg-Pakt 1928 abgeschafft. Das bedeutete nicht das Ende des Nationalstaates, aber er wurde eingebunden in ein internationales politisches und rechtliches System, das in dieser Qualität neu war.

Die Weiterentwicklung des Völkerrechts und das neue Staatsensystem wurden von der politischen Rechten in den 1920er Jahren massiv bekämpft. Ihr Ideal blieb der souveräne, v. a. außen-, aber auch wirtschaftspolitisch unabhängige und jederzeit handlungsfähige Nationalstaat. So erklärt sich, dass gerade in der Zeit, in der die Bedeutung des Nationalstaates sich durch seine zunehmende internationale Verflechtung veränderte, der Nationalismus in Europa einen neuen Höhepunkt erreichte. Der aufwallende Nationalismus der Zwischenkriegszeit war auch eine Reaktion auf die veränderte Rolle des Nationalstaates, die sich u. a. in den neuen Entwicklungen des Völkerrechts widerspiegelte.

Unter diesen Bedingungen brachen nach dem Ende des Ersten Weltkriegs die Vielvölkerreiche in Europa zusammen. Das Osmanische Reich, die Habsburgermonarchie, Russland und zum Teil auch das Deutsche Reich entsprachen nicht mehr den Vorstellungen eines nach innen homogenen Nationalstaates. Stattdessen entstanden in Ostmitteleuropa und auf dem Balkan neue Staaten, die sich auch am Ideal des Nationalstaates orientierten, allerdings oft an Grenzen stießen. Während das Konzept der Einheit von Staat und Nation sich in Westeuropa noch rechtfertigen und umsetzen ließ, war das in Osteuropa wegen der dis-

paraten Verteilung der Nationen nur unter autoritärer Führung möglich. Die Sowjetunion (ab 1922) und Jugoslawien (1918) waren in dieser Hinsicht Ausnahmen, weil sie dem Prinzip des Vielvölkerstaates verpflichtet blieben.

Mit dem Ende der Vielvölkerreiche ging auch eine politische-geographische Veränderung einher. Durch die Pariser Vorortverträge 1919 entstand eine Kette von Staaten in Osteuropa, die vom Baltikum bis zur Adria reichte. Sie bestand aus Staaten, die bereits zuvor als Nationen ohne Staat existiert hatten. Hierzu gehörten Estland, Lettland und Litauen, aber auch Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn. Auch wenn die Sowjetunion und das nationalsozialistische Deutschland diese Entwicklung während des Zweiten Weltkriegs rückgängig machten, blieben die meisten dieser Nationen über 1945 hinaus existent.

Für eine Zäsur am Ende des Ersten Weltkriegs spricht auch, dass mit dem Kriegseintritt der USA 1917 und mit der Revolution in Russland im gleichen Jahr erstmals jene beiden Mächte in ideologischer Hinsicht auf dem europäischen Kontinent intervenierten, die zumindest bis 1990 dominant bleiben sollten. Der Ost-West-Konflikt war damit keineswegs determiniert, aber eine Möglichkeit geworden. Entscheidend war, dass mit diesen beiden Staaten politische und ökonomische Ordnungsmuster verbunden waren, die Europa im 20. Jahrhundert prägen sollten. Der autoritäre Staatskommunismus und die Planwirtschaft sowjetischer Prägung auf der einen, die liberale Marktwirtschaft mit republikanisch-demokratischer Verfassung auf der anderen Seite hatten beide ihre Wurzeln im 19. Jahrhundert, wurden aber erst nach 1918 Faktoren auf der internationalen politischen Ebene. Die internationalen Beziehungen in Europa wurden nun stärker durch ideologische Strömungen geprägt, zumal ab 1922 in Italien und ab 1933 in Deutschland auch der Faschismus eine dominierende Rolle einnahm. Bis 1945 wurden die politischen Debatten und Konflikte in Europa stark von den drei großen Ideologien des Faschismus, des Kommunismus und des Liberalismus geprägt.

Nach 1918 gab es eine Welle der Demokratisierung in Europa. Viele bislang autoritäre Staaten wandten sich demokratisch-republikanischen Ordnungsmodellen zu. Hierzu gehörten das Deutsche Reich, die österreichische Republik und weite Teile Osteuropas. Auch im Westen des

Kontinents wurden bereits existierende demokratische Modelle weiterentwickelt. Auch wenn schon Anfang der 1930er Jahre viele dieser neuen Demokratien in eine Krise gerieten oder gar untergingen, ließ sich der Trend zu dieser Staatsform nicht aufhalten. Nach 1945 wurde der westliche Kontinent demokratisch, in den 1970er Jahren brachen in Portugal und Spanien die letzten autoritären Systeme zusammen. Der östliche Teil des Kontinents zog in dieser Hinsicht in den 1990er Jahren nach. Mit der Welle der Demokratisierung ging um 1920 auch eine Neuförmierung des Parteiensystems in vielen europäischen Staaten einher.

Wichtig in politischer Hinsicht war schließlich die Europäische Integration. In den 1920er Jahren wurden verschiedene Konzepte für die Einigung des Kontinents in politischer Hinsicht diskutiert, die aber allenfalls in Ansätzen und in eng begrenzten Sektoren von Politik und Gesellschaft umgesetzt wurden. Hierzu gehörte die Agitation von Richard Coudenhove-Kalergi für ein »Pan-Europa«. Dieses wurde bei ihm nicht zuletzt durch die Ablehnung des Bolschewismus in der Sowjetunion auf der einen und des US-amerikanischen Liberalismus auf der anderen Seite geprägt. Erstmals tauchte hier der Gedanke auf, dass Europa sich angesichts der politischen und ideologischen Dominanz der beiden großen Flügelmächte nur gemeinsam behaupten konnte. Europa, so die Überlegung, sollte einen dritten Weg zwischen autoritarem Sozialismus und liberalem Kapitalismus gehen. Ganz gewiss waren die frühen politischen Europa-Konzeptionen auch von der Krise der europäischen Kolonialpolitik geprägt.

1.2.2 Wirtschaft und Gesellschaft

Nimmt man die wirtschaftliche Entwicklung in den Blick, so kann die Zeit zwischen den 1920er und den frühen 1970er Jahren als der Höhepunkt der europäischen Industriegesellschaft bezeichnet werden. Hatte im 19. und frühen 20. Jahrhundert noch die Agrarwirtschaft in Europa dominiert, so änderte sich das zwischen den 1920er und den 1950er Jahren rasant. Gekennzeichnet war die europäische Industriegesellschaft durch die Großindustrie, Massenarbeit und steigenden Wohlstand. Eine führende Rolle nahm die Schwerindustrie (Kohle und Stahl) ein, aber auch die Chemie- und die Elektroindustrie. Wegen der Spezialisierung

der Industrie war diese auf eine hohe Arbeitsteilung angewiesen, gleichzeitig führte die Spezialisierung zu höheren Einkommen als in der Agrarwirtschaft. Seit dem Ende der 1960er Jahre deuteten sich Probleme der Industriegesellschaft an: Es begann langsam der Aufstieg der Dienstleistungsbranche, die bald die dominante Rolle in vielen europäischen Volkswirtschaften übernehmen sollte. Die industrielle Produktion begann sich in die europäische Peripherie oder auf andere Kontinente zu verlagern, wo die Löhne geringer waren. Zudem wurde die hohe Umweltbelastung durch die Industrie zum Problem. Diese Strukturprobleme der Industriewirtschaft wurden vollends sichtbar durch die Weltwährungskrise und die Ölpreiskrise zu Beginn der 1970er Jahre.

Die Weltwirtschaftskrise von 1929/30 war ebenfalls ein Wendepunkt der europäischen Wirtschaftsgeschichte, weil in ihr drei Elemente zusammentrafen: Zum einen handelte es sich um eine Strukturkrise, in der sich der bereits laufende Wandel von der Agrarwirtschaft zur Industriewirtschaft beschleunigte. Zum anderen war sie eine Konjunkturkrisse und drittens leitete sie einen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel ein, in dem die Rolle des Staates für die Wirtschaft neu bestimmt wurde. Die Weltwirtschaftskrise hatte zudem auch politische Folgen, weil durch sie die Steuerungsfähigkeit der marktwirtschaftlichen und demokratischen Systeme in Frage gestellt wurde. Bereits unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft im Ersten Weltkrieg hatte der Staat massiv in die Prozesse der Wirtschaft eingegriffen. Diese zunächst als Ausnahme gedachte Situation wurde in der Weltwirtschaftskrise wieder aktuell. Ganze Wirtschaftssektoren, v. a. die Landwirtschaft, wurden nun aus dem marktwirtschaftlichen System ausgenommen und staatlicher Planung unterstellt. Es entstand der organisierte Kapitalismus, eine Marktwirtschaft unter staatlicher Steuerung. Auch die Wirtschaftstheorie ging neue Wege. In der Mitte der 1930er Jahre entstanden zwei Wirtschaftsdoktrinen, die für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts von hoher Bedeutung sein sollten: Der Neoliberalismus, der in der Mitte der 1930er Jahre entwickelt wurde, versuchte die in der Weltwirtschaftskrise deutlich gewordenen Schwächen des alten Liberalismus zu überwinden. Dem Staat wurde nun eine wichtige Rolle als Hüter des Wettbewerbs und als Garant der Rechtsordnung zugewiesen. Ein starker Staat, so die Überlegung der Neoliberalen, sei notwendig, um die institutionellen

Rahmenbedingungen für das Funktionieren des Marktes zu garantieren. Allerdings sollte der Staat nur die Strukturen überwachen, in die ökonomischen Prozesse sollte er nicht eingreifen. Gleichzeitig mit dem Neoliberalismus entstand der Keynesianismus: Auch diese Theorie setzt grundsätzlich auf den Markt als Steuerungsinstrument. Im Fall von Konjunkturkrisen allerdings forderten die Keynesianer, dass der Staat als Nachfrager in die Wirtschaftsprozesse eingreift, um die Konjunktur zu beleben. In Phasen des Wirtschaftsaufschwungs sollte er sich wieder zurückziehen. Damit waren die beiden für Westeuropa in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dominierenden wirtschaftspolitischen Konzepte als unmittelbare Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise entstanden.

Auch in Kunst und Gesellschaft markieren die 1920er Jahre einen Wendepunkt: Die Kunst wurde abstrakter, die im 19. Jahrhundert noch wichtigen Aspekte wie Fluchtpunkt und die objektiv-realistische Wiedergabe des Motivs verschwanden. Sie wurden ersetzt durch eine radikal subjektive, tendenziell abstrakte Sichtweise. Die künstlerische Moderne war typisch für Europa bis in die 1950er Jahre hinein. Bezeichnenderweise wurde diese moderne Kunst im Faschismus und auch im Kommunismus abgelehnt. Hier dominierte offiziell immer noch der realistische Ansatz mit stark ideologisch geprägten Inhalten. Nicht nur in der Kunst, auch in der Wissenschaft stellte sich in den 1920er Jahren die »Moderne« ein: Die Relativitätstheorie von Albert Einstein, die von Max Planck entwickelte Quantenphysik und auch die Psychoanalyse von Sigmund Freud stellten das überkommende Weltbild radikal in Frage.

1.2.3 Der zweite Dreißigjährige Krieg 1914–1945?

Es gibt auch alternative Periodisierungsvorschläge: So hat beispielsweise der Historiker Hans-Ulrich Wehler – Überlegungen von Zeitgenossen aufgreifend – vorgeschlagen, von einer Epoche der Weltkriege oder einem zweiten Dreißigjährigen Krieg zu sprechen, der von 1914 bis 1945 gedauert habe. In der Tat gibt es Argumente, die diese Periodisierung stützen: So waren nach den Pariser Friedensverträgen einige Staaten geblieben, die darauf abzielten, die in Paris fixierte Ordnung zu ihren Gunsten zu revidieren. Das waren v. a. das Deutsche Reich, aber auch Italien, das sich um seinen Sieg betrogen sah, es galt auch für Japan und Po-

len. Diese politisch-gesellschaftliche Gesamtsituation in den 1920er Jahren machte einen zweiten Krieg nicht notwendig, aber doch leicht möglich. Manche Forscher, wie beispielsweise Ernst Nolte, haben von einem europäischen Bürgerkrieg zwischen 1917 und 1945 gesprochen. Hiermit ist gemeint, dass die gesamte Zeit als die Auseinandersetzung zwischen den drei großen Ideologien der Epoche, dem Faschismus, dem Liberalismus und dem Kommunismus, gesehen werden kann. Dieser fand nicht nur zwischen Staaten, sondern auch innerhalb der Staaten statt. In fast allen europäischen Staaten gab es neben liberalen Parteien faschistische Bewegungen ebenso wie kommunistische Parteien.

Weitere Argumente für die These lieferte die Art der Kriegsführung. Der Erste Weltkrieg war der erste große Krieg, in dem Technik eine herausragende Rolle spielte. Das betraf die Luftwaffe ebenso wie die Panzerwaffe. Beide wurden während des Ersten Weltkriegs entwickelt und spielten im Zweiten Weltkrieg eine Schlüsselrolle. Starke Kontinuitäten lassen sich auch in Bezug auf die Gesellschaften im Krieg ausmachen: Beide großen Kriege waren totale Kriege in dem Sinne, dass die Kriegsführung nicht alleine die Angelegenheit des Militärs oder der Regierungen war, sondern die gesamte Gesellschaft im Krieg an den so genannten »Heimatfronten« engagiert wurde. Hinzu kommt die Kontinuität der Kriegsziele: Insbesondere im Deutschen Reich und in Italien gibt es eine starke Verbindung zwischen den Diskussionen, die im Ersten Weltkrieg geführt wurden und jenen, die im Zweiten Weltkrieg folgten. Schließlich gab es auch individuelle Zusammenhänge. Adolf Hitler, die prägende Persönlichkeit in Deutschland und Europa während des Zweiten Weltkriegs, war wie viele seiner Zeitgenossen durch das Erlebnis des Ersten Weltkriegs tief geprägt worden. In beiden Weltkriegen gab es zudem Völkermorde: Im Ersten Weltkrieg wurden die Armenier im osmanischen Reich die Opfer, im Zweiten Weltkrieg waren es die Juden im deutschen Machtbereich. Die Entgrenzung von Gewalt über die militärischen Kampfhandlungen hinweg ist also auch ein gemeinsames Kennzeichen dieser Epoche.

Gleichwohl hat diese Interpretation Grenzen: Der Zweite Weltkrieg übertraf den Ersten in Bezug auf die Radikalität der Ziele und Mittel deutlich. Die Regierungen des Ersten Weltkriegs dachten nicht daran, den jeweiligen Gegner vollständig zu vernichten oder zu versklaven, das

war außerhalb des Denkhorizontes. Der deutsche Krieg gegen die Sowjetunion ab 1941 zielte dagegen auf die Vernichtung dieses Staates und die Versklavung seiner Bevölkerung. Zudem übersieht die These vom zweiten Dreißigjährigen Krieg die Tatsache, dass der Zweite Weltkrieg nicht notwendig aus dem Ersten Weltkrieg resultierte. Es gab zwischen 1918 und 1939 zahlreiche Möglichkeiten, einen weiteren Weltkrieg zu verhindern. Sie wurden allerdings nicht genutzt.

1.3 1945/50: Spaltung Europas

1.3.1 Politik

Nach 1945 veränderte sich das globale Staatensystem gegenüber dem der Vorkriegszeit noch einmal deutlich. Durch den deutschen Angriff auf die Sowjetunion und die Niederlage des Deutschen Reiches reichte der sowjetische Machtbereich nun bis nach Mitteleuropa. Gleichzeitig dominierten die USA den westlichen Teil des Kontinents. Europa war nicht länger das Zentrum der Welt, die europäischen Großmächte waren nicht mehr Subjekte der Weltpolitik, sondern nur noch Objekte. Stattdessen entstand zwischen 1941 und 1948 ein bipolares System, dessen Führungsmächte die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika waren. Ab 1961 waren Ost- und Westeuropa durch einen »Eisernen Vorhang« getrennt, der insbesondere zivilgesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Verbindungen unterband. Auch wenn die Forschung in den letzten Jahren zu Recht argumentiert hat, dass es trotzdem weiterhin Verbindungen zwischen Ost und West gegeben hat, blieben diese gleichwohl die Ausnahme. Die europäische Geschichte zwischen 1945 und 1990 wurde stark vom Ost-West-Konflikt geprägt. Der Außenpolitische Handlungsspielraum der europäischen Staaten blieb begrenzt. In den Phasen der Konfliktverschärfung zwischen Ost und West, wie beispielsweise Ende der 1940er Jahre oder auch in der zweiten Berlinkrise zwischen 1958 und 1961, nahm der Handlungsspielraum ab. Dagegen eröff-